

perpetuieren. Das ist schade und wird der Größe der Eingriffe und der Folgen auf unser Allgemeinwohl in keiner Weise gerecht. Sie sorgen sich eher um Ihr eigenes Gesicht als um Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Dr. Vincentz.

Wir sind am Schluss der Aussprache.

Die Antragsteller haben direkte Abstimmung beantragt.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/623. Wer dem die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Der Form halber frage ich: Wer enthält sich der Stimme? – Das ist niemand. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/623** mit dem von mir gerade festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** und der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Corona“ nicht eingesetzt.

Ich rufe auf:

6 „Chancen-Aufenthaltsrecht“ stoppen – Ausreisepflicht konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/624

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD hat die Abgeordnete Frau Seli-Zacharias zu ihrer ersten Rede das Wort. – Bitte schön.

(Beifall von der AfD)

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Deutschland ermöglicht es Menschen aus aller Herren Länder, friedlich und zum Nutzen unseres Gemeinwens zusammenzuleben.

Die deutsche Gesellschaft hat vor allen Dingen in den letzten 60 Jahren eine herausragende Integrationsleistung vollbracht. Diese Integrationsleistung konnte aber nicht zuletzt deshalb überwiegend erfolgreich gelingen, weil die nach Deutschland eingewanderten Menschen überwiegend wichtige Bedingungen mitbrachten:

Sie hatten den Willen, für ihren Lebensunterhalt hart zu arbeiten. Sie hatten den Willen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Sie hatten vor allem den Willen, dieses Land durch ihren Fleiß, ihre

Rechtstreue und ihre Loyalität mitzutragen, mit zu gestalten und seinen Wohlstand zu mehren.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Diese Menschen haben die Chance ergriffen, die ihnen dieses Land geboten hat, aber sie haben sich dabei an die Prinzipien der Leistungsgesellschaft gehalten, die hier in diesem Land für alle Menschen gelten.

So profitierte also Deutschland einstmals – ich betone: einstmals – von den Chancen, die es den eingewanderten Menschen geboten hat. Doch das Chancen-Aufenthaltsrecht, hinter welchem Sie, Frau Ministerin, mehr als nötig als Verfechterin stehen, tritt diese Prinzipien unserer Gesellschaft mit Füßen und ist ein Schlag ins Gesicht jedes Ausländers, der sich mit Fleiß und Rechtstreue in diese Gesellschaft hineingearbeitet hat.

(Beifall von der AfD)

Beim Chancen-Aufenthaltsrecht geht es nämlich im Kern darum, rechtswidrig eingewanderten Menschen, die zur Ausreise verpflichtet sind, eine Aufenthaltserlaubnis ohne Gegenleistung zu schenken.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht verstößt sowohl in seiner Form als auch von seinem Inhalt her gegen die bisherige Rechtspraxis, und zwar völlig ohne Not. Verschwiegen wird nämlich, dass das Aufenthaltsgesetz bereits jetzt überbordende Möglichkeiten bereithält, um aus einem erfolglosen Asylverfahren in einen legalen Aufenthalt zu wechseln, wenn man denn ernsthaft wollen würde.

Abgelehnte Asylbewerber, die eigentlich längst das Land hätten verlassen müssen, sich aber dank der laxen Abschiebep Praxis der Ausreise standhaft verweigern können, erhalten nach fünf Jahren die Chance, die Ausreisepflicht per Fingerschnippen in ein Bleiberecht umzukehren.

Mit diesem sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht aber werden rechtliche Sicherungen des Staates gegen illegale Einwanderung beseitigt und Rechtsbrecher zu Opfern staatlicher Schikane stilisiert.

Die Forderung, die Sie an die Berechtigten stellen, sind wohl eher Scheinforderungen:

Der Lebensunterhalt soll überwiegend aus eigener Erwerbstätigkeit gesichert werden. „Überwiegend“ bedeutet nichts anderes als 51 % des Hartz-IV-Satzes plus Mietkosten.

Selbstredend muss das nicht erfüllt werden; es reicht ja schließlich auch eine positive Prognose, dass diese lächerliche Eigenfinanzierung zukünftig erwirtschaftet werden könnte.

Beim erforderlichen Sprachniveau gibt man sich dann natürlich mit A2 zufrieden. Wie aber soll man sich denn bitte mit A2-Niveau zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur Rechts- und

Gesellschaftsordnung bekennen, wie man das ja von den Beschenkten nun verlangen soll?

Die Altersgrenze für Heranwachsende wird einfach mal so auf 27 Lebensjahre festgelegt – ich betone: 27 Jahre. Ein Heranwachsender in Deutschland ist nach dem Jugendgerichtsgesetz jemand, der das 18. Lebensjahr, aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hat. Mit welchem Recht also darf ein Ausländer bis zum 27. Lebensjahr als Heranwachsender gelten?

Ein weiterer Skandal ist die Akzeptanz einer ungeklärten Identität der Person. Es reicht, wenn erforderliche und zumutbare Maßnahmen zur Identitätsklärung ergriffen wurden. Sogar straffällig gewordene Personen sollen von diesem Gesetz profitieren können.

Völlig zu Recht weist der Deutsche Landkreistag – ich empfehle Ihnen allen, seine Stellungnahme auch zu lesen – darauf hin, dass das Chancen-Aufenthaltsrecht zu einem massiven Anstieg der Fallzahlen bei den Verwaltungsgerichten führen wird. Es ist damit Sprengstoff für die ohnehin überlasteten Ausländerbehörden.

Sie räumen den falschen Personen Chancen ein. Sie öffnen mit diesem Gesetz bewusst und in böser Absicht die Büchse der Pandora. Mit dieser Gesetzesänderung soll Staatsversagen in der Migrationspolitik verschleiert werden. Deshalb wandeln Sie einfach Illegalität in Legalität um.

(Beifall von der AfD)

Ich komme zum Schluss: Chancen verdienen alle Menschen, die sich vorbildlich an Gesetz und Recht halten und als unbescholtene Bürger den ihnen abverlangten Pflichten nachkommen. Das bedeutet auch, dass man mitwirken und offenlegen muss, woher man kommt, wenn man das Asylverfahren verlassen und damit Legalität erlangen möchte, anstatt den Pass einfach wegzuschmeißen und so zu tun, als wäre das kein Problem. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Selj-Zacharias. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Parlamentsrede. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Panske das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen war und ist ein Migrationsland. Kaum ein anderes Bundesland, kaum eine andere Region ist so geprägt von Migration und Zuwanderung wie die Region an Rhein und Ruhr – und dies eben schon mit einer ziemlich langen Geschichte.

Den Anfang machten bereits im 19. Jahrhundert die sogenannten Ruhrpolen, polnischsprachige Bergleute, die den Aufbau der Montanindustrie von Kohle und Stahl hier bei uns erst möglich gemacht haben. Es folgten Hunderttausende Vertriebene und Flüchtlinge in und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie alle halfen beim Wiederaufbau unserer Heimat mit.

Danach folgten unserem Ruf die vielen sogenannten Gastarbeiter aus Italien, Spanien, Portugal und der Türkei und in der jüngeren Vergangenheit die Flüchtlinge vor Terror und Krieg wie etwa die Menschen aus der Ukraine, die heute zu uns kommen.

Fast alle großen Migrationswellen nach Nordrhein-Westfalen waren von wirtschaftlicher Prosperität gekennzeichnet. Migration nach Nordrhein-Westfalen kann also als Chance begriffen werden: für Wohlstand und Sicherheit, für ein gutes Miteinander, für ein voneinander Lernen und für ein gegenseitiges Kennenlernen. Gerade weil NRW sozial, kulturell und nicht zuletzt auch wirtschaftlich davon profitieren konnte, haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Bleiberecht klug zu reformieren und gut integrierten Geflüchteten einen dauerhaften Aufenthalt und einen Arbeitsmarktzugang zu ermöglichen.

Wir brauchen die Fachkräfte. In Teilen werden wir unserem Fachkräftemangel quer durch alle Produktions- und Dienstleistungsbereiche nur mit Zuwanderung und Integration begegnen können.

Zur Wahrheit der großen Migrationsgeschichte Nordrhein-Westfalens gehören auch Fehlentwicklungen: Abschottung, Parallelgesellschaften, Clankriminalität und konträre Wertvorstellungen.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Daraus werden wir als Zukunftscoalition die richtigen Schlüsse ziehen und neue, sichere und zielführende Wege in der Integrationspolitik gehen. Das bedeutet auch, dass wir im Sinne des Rechtsstaats weiterhin diejenigen konsequent nach Hause schicken, die sich massiv und wiederholt nicht an unsere Regeln halten; alles nach den rechtsstaatlichen Vorgaben.

Chancen nutzen gilt auch für den Auftrag in unserer Verfassung, Verfolgten, Bedrohten und Misshandelten Schutz zu gewähren. Es ist nicht nur ein verbrieftes Grundrecht und ein klarer Verfassungsauftrag, sondern es hat auch – und das sage ich für unsere Fraktion, die Union – sehr viel mit dem christlichen Menschenbild, dem sich Ergänzen von Subsidiarität und Solidarität und der Verantwortung für unsere Mitmenschen zu tun. Nächstenliebe und Humanität sind weder beliebig noch nach Nationalitäten oder Hautfarben teilbar.

In diesem Sinne ist Verfassungstreue eine große Chance für unsere Integrations- und Migrationspolitik.

Gemeinsam stark – so wollen wir unsere Chancen nutzen. Der Ministerpräsident hat das gestern in seiner Regierungserklärung so formuliert. Genau das werden wir tun.

Der Antrag der AfD zeigt leider keine Chancen auf, vielmehr atmet er den Geist der Ängstlichkeit und ist schon deswegen abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, es wird Ihrer Aufmerksamkeit am Rednerpult nicht entgangen sein, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde. Sie können darauf vom Rednerpult oder von Ihrem Platz aus antworten. Angemeldet hat die Kurzintervention von der AfD-Fraktion Frau Seli-Zacharias. – Ich bitte Sie, sich kurz einzudrücken. Sie haben jetzt das Wort.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Kollege Panske, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Besonders gut hat mir gefallen, dass Sie das christliche Menschenbild hervorgehoben haben. Jetzt muss ich fragen, inwiefern sich das christliche Menschenbild innerhalb der CDU und Ihr persönliches christliches Menschenbild verändert haben.

Ich erinnere an Ihr CDU-Regierungsprogramm zur Bundestagswahl aus dem Jahr 2005. Das ist durchaus noch nicht so weit zurückliegend; so sehr dürfte sich ein Menschenbild nicht verändern. Dort steht schwarz auf weiß:

„Wir werden die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können.“

Nichts anderes fordern wir im Kern in unserem Antrag. Wir sagen, dass wir aufpassen müssen, dass wir mit diesem Gesetz nicht Dinge vermischen, die eigentlich nicht vermischt werden dürfen. Das waren nicht nur unsere Worte, sondern auch die Worte des Deutschen Landkreistags. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege Panske, Sie haben nunmehr die Möglichkeit, für bis zu 90 Sekunden auf die Kurzintervention einzugehen.

Dietmar Panske (CDU): Vielen Dank, Frau Kollegin, für die Nachfrage. – Ich kann mich nicht erinnern, dass sich das christliche Menschenbild der Union verändert hätte.

Sie zitieren aus einem Wahlprogramm von 2005 und wollen daraus Schlüsse für das Jahr 2022 und die Zukunft ziehen. Diesen Fehler machen Sie bei jedem Antrag und bei Ihrer Politik generell: Sie schauen nur zurück, Sie schauen nur nach hinten, Sie schauen nicht nach vorn.

Die Welt verändert sich, die Gesellschaft verändert sich. Die Union ist eine Partei, die den Weg nach vorne geht, ohne natürlich zu vergessen, was die Union eigentlich ausmacht. Schauen Sie auch nach vorn. Der Antrag, den Sie hier gestellt haben, zeugt von Ängstlichkeit und dem Blick in den Rückspiegel. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den Grünen)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Panske. – Zu ihrer ersten Rede hier im Parlament erteile ich für die SPD-Fraktion der Kollegin Gosewinkel das Wort.

(Beifall von der SPD)

Silvia Gosewinkel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Die erste Rede hier in diesem Haus ist ein besonderer Moment für mich. Ich freue mich, über ein so wichtiges Thema unserer Gesellschaft reden zu können: Integration.

(Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Das lässt sich nicht kurz abhandeln, deshalb komme ich direkt zu Ihrem Antrag. Sie fordern die Landesregierung auf, sich für die Rücknahme bzw. Ablehnung des Gesetzentwurfs zum Chancen-Aufenthaltsrecht einzusetzen. Ich habe den Eindruck, dass Sie weder Ziel noch Hintergrund dieses Gesetzesvorhabens verstanden haben. Deshalb erkläre ich Ihnen das gern.

Das Chancen-Aufenthaltsgesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik zu reformieren. Ziel ist es, Menschen eine Perspektive zu geben, damit sie Sprachkenntnisse erwerben und sich im Arbeitsmarkt integrieren können. In erster Linie geht es also darum, Kettenduldungen zu beenden. So beenden wir Unsicherheit. So ermöglichen wir Lebensplanungen, die für die Menschen, die hier in Deutschland leben, verlässlich werden.

In der Vergangenheit haben wir immer wieder erlebt, dass Menschen, die jahrelang, teils jahrzehntelang in Deutschland leben und sich gerne integrieren und in unsere Gesellschaft einbringen möchten, durch ihren Duldungsstatus daran gehindert werden. So ist diesen Menschen die Teilnahme an Sprachkursen oder das Eingehen eines Arbeitsverhältnisses zurzeit nicht erlaubt.

Was soll man dann in Deutschland machen? – Dazu spreche ich gerne als Therapeutin: Ausgrenzung und die Verringerung der Motivation, an unserer Gesellschaft teilzuhaben, macht Menschen krank.

(Beifall von der SPD und Hedwig Tarnier [GRÜNE])

Vor allem aber kann es nicht sein, dass wir den Menschen immer noch den Zugang zu Sprachkursen verwehren. Sprache ist der Zugang zur Welt und zur Integration in unsere Gesellschaft. Das ist allgemein bekannt. Doch was ist in den letzten Jahren passiert? Ein Beispiel von vielen: Farah Demir kam 1986 im Alter von zwei Jahren mit ihrer Familie aus dem Libanon nach Deutschland. Die heute 38-jährige Pflegefachkraft lebt seit 15 Jahren in Deutschland – dank Kettenduldung, weil sie ihre Identität nicht sicher belegen kann.

Mit diesem Gesetz wird sich die Situation für Farah Demir entscheidend ändern. Ein wertschätzender und menschlicher Umgang entsteht. Sie bekommt nun eine dauerhafte Bleibeperspektive, und wir haben in Deutschland eine motivierte Pflegefachkraft mehr.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Durch eine einjährige Aufenthaltserlaubnis werden die langjährig Geduldeten die Möglichkeit haben, die notwendigen Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu erfüllen, das heißt konkret, Sprachkenntnisse zu erwerben und vor allem ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis einzugehen. Damit sind Kettenduldungen Geschichte, und das ist eine Erleichterung für die Betroffenen und auch für unsere Ausländerbehörden.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich vor allem für die Kinder, die hier zur Schule gegangen sind und jetzt eine Ausbildung anstreben. Damit werden sie zu einem Teil unserer Gesellschaft. Sie müssen keine Angst mehr haben, nachts aus ihren Betten geholt zu werden, um in ein Land abgeschoben zu werden, das sie nur aus Erzählungen kennen. Sie kommen endlich auch in Deutschland an.

(Beifall von der SPD)

Jetzt kommen Sie und wollen, dass das Chancen-Aufenthaltsrecht gestoppt wird. Ich finde den Namen übrigens richtig gut gewählt.

(Enxhi Seli-Zacharias [AfD]: Das wundert mich nicht!)

Warum wollen Sie das? Sie haben offensichtlich Sorge, dass Straftäter im Duldungsstatus ein Bleiberecht erhalten. Das ist unbegründet. Von § 104 C sind Straftäter*innen und solche ausgeschlossen, die

wiederholt vorsätzlich über ihre Identität getäuscht haben. Sie sagen, das Gesetz sei rechtstreuen Bürgern nicht erklärbar. – Ich sage: Die bisherige Praxis ist Menschen, die sich hier gut integriert haben, nicht erklärbar.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie sagen, dass Bleiberecht führe nicht zur Mehrung des Wohlstands. Also ganz ehrlich: Wie kann man denn Menschen rein ökonomisch betrachten? Wie machen Sie diese Rechnung übrigens auf? Haben Sie auch die hohen Kosten für Abschiebehaft mitberechnet?

(Heiterkeit von der SPD)

Zusammengefasst ist es sinnvoll, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für geflüchtete Menschen in NRW nachkommt und die Möglichkeit des Vorgriffserlasses am 15. Juli nutzte. Die Intention ist, dass die Ausländerbehörden bereits jetzt, während dieses langwierigen Gesetzgebungsverfahrens, die Möglichkeit erhalten, nach den neuen Kriterien vorzugehen. In NRW leben 64.000 Menschen im Duldungsstatus. Dieser Vorgriffserlass ist richtig und wichtig, damit diese Menschen eine Chance haben. Ich kann Ihrem Antrag nichts Positives abgewinnen, die SPD-Fraktion wird diesen ablehnen. Die weitere Diskussion führen wir dann im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Gosewinkel. Ihnen natürlich auch recht herzliche Glückwünsche zu Ihrer ersten Plenarrede. Eine Punktlandung auf die Sekunde ist in der ersten Plenarrede selten.

(Heiterkeit von der SPD und Christina Schulze Föcking [CDU])

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Rauer ebenfalls zu seiner ersten Plenarrede das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN, Dietmar Panske [CDU] und Christina Schulze Föcking [CDU])

Benjamin Rauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Als neuer Sprecher der grünen Landtagsfraktion für Flucht wundert es mich nicht, dass ich heute zu einem Antrag der AfD mit einem solchen Inhalt sprechen muss. Dieser Antrag versucht alle Menschen mit einer Duldung zu verunglimpfen, verkennt die rechtliche Lage dabei jedoch völlig. Dieser Antrag verkennt es, dass es humanitäre, gesundheitliche und rein praktische Gründe

dafür gibt, dass Menschen nicht abgeschoben werden können.

Aus meiner Arbeit als Sozialarbeiter kenne ich prekäre Verhältnisse von geduldeten Menschen sehr gut. Viele Menschen mit Duldung leben in ständiger Angst, in ein Land abgeschoben zu werden, in dem ihnen Verfolgung, Gewalt oder Hunger droht. Sie leben ihr Leben in Deutschland in einer Grauzone. Sie kommen rein rechtlich nie wirklich an, aber sie kommen auch nicht zurück. Dadurch fehlt ihnen die Perspektive für eine Teilhabe in unserer Gesellschaft.

Schon lange hat die grüne Landtagsfraktion darauf hingewiesen, dass sie bessere Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe und faire Asylverfahren für unabdingbar dafür erachtet, unserer humanitären Verantwortung nachzukommen. In NRW leben ca. 64.000 Menschen in einer Duldung, die entgegen der vielen Schranken, die ihnen gesetzt werden, einen Job gefunden und Deutsch gelernt haben. Ihre Kinder besuchen die Schule, beginnen eine Ausbildung oder ein Studium. Eine der ersten Amtshandlungen unserer grünen Ministerin Josefine Paul war es, die Möglichkeiten des Chancen-Aufenthaltsrechts in ihren Vorgriffserlass einzubringen, um die Menschen vor einer Abschiebung zu bewahren. Diesen Schritt begrüßen wir sehr.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie geht damit den Weg, den wir im aktuellen schwarz-grünen Koalitionsvertrag eingeschlagen haben. Hier heißt es:

„Unser Ziel ist es, in Nordrhein-Westfalen alle humanitären und aufenthaltssichernden Bleiberechtsregelungen so auszuschöpfen, dass gut integrierte geduldete Geflüchtete eine Bleibeperspektive erhalten“

Dieser Gesetzentwurf zum Chancen-Aufenthaltsrecht ist im Bund auf einem guten Weg. Durch die Modernisierung des Aufenthaltsrechts wird Personen mit einer Duldung für ein Jahr ein Aufenthaltsrecht auf Probe erteilt. Es schafft damit reale Perspektiven für die Betroffenen, um etwa besser Deutsch zu lernen oder eine langfristige Beschäftigung zu finden.

Nun gilt es, gemeinsam die Weichen dafür zu stellen, dass unsere Behörden unsere Integrations- und Sprachangebote so aufstellen, dass wir die neuen Regelungen gut umsetzen können. Wir setzen damit das Ziel, die ausgrenzende Politik für Menschen mit einer Duldung endlich zu beenden. Angst vor Abschiebung ist keine Grundlage für eine erfolgreiche Teilhabe in unserer bunten Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN, Christina Schulze Föcking [CDU] und Justus Moor [SPD])

Mir wäre es lieber gewesen, diesen Antrag heute abzulehnen. Aber das werden wir dann im Integrationsausschuss tun. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Rauer. Auch Ihnen die herzlichen Glückwünsche des Hauses zu Ihrer ersten Rede. – Für die FDP-Fraktion spricht nunmehr der Abgeordnete Lürbke.

Marc Lürbke^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das klar zu sagen: Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Unseren Wohlstand haben wir auch Menschen zu verdanken, die in den vergangenen Jahrzehnten zu uns kamen und durch ihren Einsatz insbesondere auch die nordrhein-westfälische Industrie zu dem gemacht haben, wofür sie in vielen Bereichen heutzutage noch in der Welt berühmt ist.

Ich empfinde diesen Antrag als einen ziemlichen Schlag ins Gesicht all dieser Gastarbeiter, die damals zu uns gekommen sind. Er ist leider eine pauschale Unterstellung gegenüber all jenen, die heute nach Deutschland und nach NRW kommen, um sich hier ein besseres Leben aufzubauen,

(Vereinzelt Beifall von der FDP und den Grünen)

Wir – allen voran Minister Joachim Stamp – haben in der letzten Legislaturperiode für mehr Verbindlichkeit in der Migrationspolitik durch echte Chancen für diejenigen gesorgt, die sich anstrengen, integrieren, um Arbeit und um Sprachkenntnisse bemühen und Teil unserer Gesellschaft werden wollen. Auf der anderen Seite, wo das nicht der Fall war, haben wir für konsequente Rückführung gesorgt.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den bundesrechtlichen Spielraum genutzt, um Menschen eine echte Perspektive auf Integration in Ausbildung und Arbeit zu geben. Auf der anderen Seite haben wir die Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive – vor allem auch bei Straftätern und Gefährden – genauso vorangetrieben.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Ich möchte daran erinnern – auch hierbei lag Nordrhein-Westfalen an der Spitze –: Kein anderes Bundesland hat beispielsweise so viele Gefährdeter abgeschoben wie Nordrhein-Westfalen unter schwarzgelber Führung.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: In absoluten Zahlen! Meine Güte!)

Das ist Verbindlichkeit in der Migrationspolitik.

Ich bin fest davon überzeugt – wir reden jetzt über geduldete Menschen –, dass es einen Unterschied machen muss, ob sich ein geduldeter Mensch in Deutschland um Arbeit, Sprachkenntnisse und Integration bemüht oder nicht. Hierfür ist dieses Chancen-Aufenthaltsrecht ein erster wichtiger Schritt.

Um Deutschland aber zu einem echten Einwanderungsland zu machen, sollten weitere Schritte folgen. Es muss ein echtes Einwanderungsgesetz folgen, das bürokratische Hürden abbaut und umfangreiche Migration in den Arbeitsmarkt erlaubt.

Es kann doch nicht sinnvoll sein, Menschen mit Duldungsstatus, die arbeiten wollen, vom Arbeitsmarkt mit aller Macht fernzuhalten. Das können wir uns nicht leisten.

Geehrte Frau Seli-Zacharias, ich kann Ihnen nur sagen: Menschen mit Arbeit abzuschieben, ist angesichts des Fachkräftemangels diesem Land gegenüber nicht patriotisch.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN)

Nein, das ist es nicht. Wir wollen keine Menschen mit Arbeit abschieben. Wir haben doch ganz viele Unternehmer, wir haben Gastronomen, wir haben Handwerksmeister – Herr Wagner, Sie wissen das –, die immer wieder darüber klagen, dass die falschen abgeschoben werden,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

dass auch gut integrierte Familien abgeschoben werden und junge Menschen mit Arbeitsplatz und Deutschkenntnissen, die sich an Gesetze halten – aber trotzdem fordern Sie das.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Für uns Freie Demokraten – das will ich deutlich sagen – gehören Humanität und Ordnung in der Migrationspolitik zusammen. Menschen, die in Deutschland leben, die nicht straffällig geworden sind und sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sollen die Chance bekommen, die notwendigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen.

Einen Punkt allerdings möchte ich völlig losgelöst von dem vorliegenden Antrag anbringen. Den kann ich Ihnen, Frau Ministerin Paul, nicht ganz ersparen. Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie über die Bezirksregierung den Erlass zum Chancen-Aufenthaltsrecht an die Ausländerbehörden gegeben haben. Allerdings habe ich weder von Ihnen noch vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung irgendwelche Äußerungen zu Rückführungen von Straftätern und Gefährdern vernommen.

Wenn ich über Verbindlichkeit in der Migrationspolitik rede, dann gehören beide Medailleseiten zusammen. Ich halte es für einen Fehler, dass es nicht

explizit gesagt wird, und ich bin mir sicher, dass das auch einige Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Union ähnlich einschätzen.

Deswegen möchte ich Sie einfach bitten: Verwechseln Sie eine konsequente Rückführung von Straftätern und Gefährdern nicht mit staatlicher Herzlosigkeit; das ist sie nicht, denn das Gegenteil ist der Fall. Eine Einwanderungspolitik, die beides ermöglicht, nämlich Chancen eröffnen und klare Grenzen setzen, hilft allen auf Dauer weiter; besonders den Menschen, die sich anstrengen, die sich bemühen, auch Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die neue Landesregierung hierbei verhalten wird, und ob diese Verbindlichkeit, beide Seiten der Medaille auch weiter Berücksichtigung finden werden. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die Landesregierung spricht jetzt die Ministerin Paul.

Josefine Paul¹⁾, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland. Ich finde es schade, dass man das an dieser Stelle immer wieder betonen muss, da es offensichtlich noch nicht bei allen angekommen ist.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN, Dr. Bastian Hartmann [SPD] und Marc Lürbke [FDP])

Das ist eine gesellschaftliche Realität, und sie hat in unserem Land eine lange Geschichte. Die Kolleginnen und Kollegen haben schon darauf hingewiesen, welche gute Geschichte das auch in Nordrhein-Westfalen ist. Die Vielfalt der Menschen – auch und gerade der Menschen, die zu uns gekommen sind – macht Nordrhein-Westfalen aus und macht Nordrhein-Westfalen stark.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Diese Tatsache kann man versuchen, in Abrede zu stellen, aber das würde dann schlicht der Realität widersprechen. Es entspräche nicht der Realität von Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen, die sich einen gesicherten Aufenthaltsstatus für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen, mit denen sie gut zusammenarbeiten, die sie dringend brauchen und die wir in dieser Gesellschaft dringend brauchen.

Es entspräche auch nicht der gesellschaftlichen Realität, in der uns viele Briefe aus Vereinen oder aus Schulen oder Nachbarschaften mit der Bitte

erreichen, dass auch ihre Vereinsmitglieder, ihre Freundinnen und Freunde, Nachbarinnen und Nachbarn hierbleiben können,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

weil sie in der Mitte unserer Gesellschaft leben.

Das, was Sie hier beschrieben haben, entspricht schlicht nicht der Realität in Nordrhein-Westfalen. Das ist nicht die Art, wie wir in Nordrhein-Westfalen zusammenleben. Doch das wollen Sie ganz offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, und wenn es überhaupt eines Beweises dafür bedürfte, so wäre es sicherlich dieser Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will ganz deutlich sagen: Wir als Land Nordrhein-Westfalen und auch diese Landesregierung stehen zu unserer humanitären Verantwortung, Menschen, die vor Krisen und Krieg fliehen, bei uns Schutz und Unterstützung finden zu lassen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir stehen dazu, den Menschen, die längst Teil unserer Gesellschaft sind, die dieser Gesellschaft viel gegeben haben, deren Kinder teils hier geboren sind, die in Kitas gehen, die in die Schule gehen, hier in Nordrhein-Westfalen Chancen und Perspektiven zu bieten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Darüber hinaus stehen wir auch vor Riesenherausforderungen, und der Fachkräftemangel ist eine dieser zentralen Herausforderungen. Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht eröffnen wir Menschen, die bislang nur mit einer Duldung hier leben, eine Perspektive. Wir eröffnen aber auch unserer Gesellschaft eine Perspektive, um mehr qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und auch hier halten zu können.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wir müssen dringend Perspektiven für Menschen schaffen, die bereits Teil unserer Gesellschaft sind. Das müssen wir nicht nur deswegen, weil wir diese Menschen auch für unseren Wohlstand brauchen, sondern wir müssen es auch aus der Verpflichtung heraus, entwürdigende Kettenduldungen endlich abzuschaffen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir haben hier im Extremfall Menschen, die in Deutschland geboren sind und bislang nur mit dem Status einer Duldung gelebt haben. NRW nutzt deshalb aktiv den differenzierten Instrumentenkasten, den das Aufenthaltsgesetz für die unterschiedlichsten aufenthaltsrechtlichen Biografien der Betroffenen bietet: die sogenannten Bleiberechte, also unter anderem den § 25a und § 25b im Aufenthaltsgesetz.

Außerdem unterstützen wir das nun auf den Weg gebrachte Chancen-Aufenthaltsrecht.

Daher haben wir einen Erlass veröffentlicht. Mit diesem werden die Ausländerbehörden über die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren informiert, und sie werden darüber informiert, welche Auswirkungen dies auf die Praxis vor Ort hat. Diese Regelung gilt natürlich, bis die gesetzliche Regelung getroffen wurde.

Um es abschließend zusammenzufassen: Wir schöpfen ganz bewusst und aus vielen guten Gründen – weil wir Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen brauchen und weil gut integrierte Menschen hier in Nordrhein-Westfalen eine Perspektive haben sollen – alle humanitären und aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zu den sogenannten Bleiberechten so aus, dass gut integrierte geduldete Personen hier eine dauerhafte Bleibeperspektive haben.

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen, wie auch den Weg zu umfassender Teilhabe. Denn unser Land ist von der Vielfalt und den unterschiedlichen Potenzialen geprägt, die alle Menschen in diesem Land mitbringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Es wird Ihrer erfahrenen Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass eine Kurzintervention aus den Reihen der AfD von der Abgeordneten Seli-Zacharias eingegangen ist. Sie können diese vom Platz aus beantworten. – Frau Seli-Zacharias, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Ministerin, Sie sprachen gerade von entwürdigenden Kettenduldungen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie mit diesen Begriffen arbeiten, dann sind wir gar nicht in der Lage, fachlich über das Thema zu sprechen. Das ist schon der erste Punkt, und das ist auch das grundlegende Problem.

(Zuruf von Berivan Aymaz [GRÜNE] – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Ich sehe schon: Sie regen sich auf. Also habe ich alles richtig gemacht. Wunderbar; dann machen wir weiter.

(Beifall von der AfD – Zurufe von den Grünen: Oh!)

Sie sprechen beim Chancen-Aufenthaltsrecht vom Fachkräftemangel. Der Deutsche Landkreistag schreibt in seine Stellungnahme, die Ihnen als Ministerin hofentlich vorliegt – ein guter, freundschaftlicher Rat:

ich würde Ihnen dringend empfehlen, sich da einfach mal reinzulesen –,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

ganz explizit die Warnung, dass man das Asylrecht und das Recht der Fachkräfteeinwanderung nicht vermischen sollte. Das ist auch das Kernanliegen.

Wenn wir diese Diskussion und Debatte rund um dieses Gesetz so führen und auf diese hochemotionale Ebene heben wollen, dann sind wir im Endeffekt nicht in der Lage, in wenigen Monaten und Jahren auf die Konsequenzen vor Ort in den Ausländerbehörden zu reagieren. Das hätte ich von Ihnen heute in der Debatte zumindest erwartet, vor allem nach den Vorfällen in dem sogenannten Haus der Integration in Wuppertal.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn wir ein solches Gesetz voranbringen ...

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin, das waren 90 Sekunden.

Enxhi Seli-Zacharias (AfD): Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Fühlte sich aber länger an!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Ja, das ist manchmal so. Aber 90 Sekunden sind 90 Sekunden. – Frau Ministerin, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

Josefine Paul¹⁾, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landkreistag verwahrt sich sicherlich gegen diese einseitige Auslegung seiner Stellungnahme durch die AfD-Landtagsfraktion. Jedenfalls gehe ich davon aus.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist das! – Christian Loose [AfD]: Vermutung!)

Zum anderen muss man, wenn es darum geht, dass Sie beschreiben, dass hier nicht mit Emotionalität argumentiert werden sollte, sagen: Dann verkennen Sie die Realität vieler Menschen in Nordrhein-Westfalen, für die dieser Antrag, den Sie vorgelegt haben, sicherlich ein Schlag ins Gesicht ist.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man den Text dieses Antrags liest, stellt sich die Frage, wer hier mit ungebührlicher Emotionalität argumentiert.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Das ist ein komplett fachlicher Antrag!)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/624 an den Integrationsausschuss. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich bitte um das Handzeichen, wer dieser Überweisungsempfehlung seine Zustimmung gibt. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und AfD. Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung Drucksache 18/624 angenommen.**

Wir kommen zu:

7 Die Vielfachkrisen in der Landwirtschaft endlich beenden – heimische Landwirtschaft erhalten, stärken und wertschätzen

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/619

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Schalley das Wort.

Zacharias Schalley (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eine alte Bauernregel besagt: Auf harten Winters Zucht folgt gute Sommerfrucht. – Nach dieser Logik müsste der Winter, den die bestehende Agrarpolitik unserem heimischen Bauernstand bereitet, eine überreiche Ernte nach sich ziehen.

Doch stattdessen ist unsere Landwirtschaft auf allen Ebenen von Vielfachkrisen in ihrer schieren Existenz bedroht. Nicht nur die mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung, sondern insbesondere die fehlende Wirtschaftlichkeit, ausufernde Vorschriften und Bürokratie sorgen dafür, dass das Höfesterben seit Jahrzehnten ununterbrochen anhält. Oder erinnert sich einer der geschätzten Kollegen – insbesondere der schon länger hier Regierenden – an eine Zeit, in der es kein Höfesterben gab? Nein, sicher nicht; denn die Politik des „Wachsen oder Weichen“ war ja agrarpolitische Staatsräson.

In NRW gibt es ca. 34.000 landwirtschaftliche Betriebe. Doch wenn wir uns die Anzahl der Betriebe von vor 20 Jahren anschauen, stellen wir fest, dass über 27.000 bereits aufgegeben haben. Das entspricht einem Rückgang von über 40 %. So ist es von der Landwirtschaftskammer NRW amtlich bestätigt.